



Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode 2008 – 2012

31. Sitzung vom 19. März 2012

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Christian Schaub

Anwesend: 35

Abwesend: R. Bänziger, P. Buess, St. Kaiser, J.-B. Urech, T. Rehmann

Präsident:

Protokoll:

Christian Schaub

Sandra Sprecher

Mitteilung des Präsidenten

Christian Schaub begrüsst die Anwesenden und gratuliert den neu- und wiedergewählten Einwohneräten und Gemeinderäten zu ihrer Wahl. Er wünscht ihnen viel Erfolg, Kraft und Offenheit in ihrem Amt.

Neu eingereichte Vorstösse

- Postulat K. Bartels, CVP: Abklärungen zu einem Frühmodul bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich 231
- Anfrage V. Dubi, SP: Stellungnahme BaZ-Artikel 233
- Interpellation B. Büschlen, Grüne/EVP: Verkehrsmessung 234
- Postulat B. Büschlen, Grüne/EVP: Barrierefreier Eingang zu allen Schulhäusern 235

Der Präsi den teilt mit, dass Rahel Bänziger wegen einer dringenden Knieoperation nicht teilnehmen kann und das Büro darum gebeten hat, das Traktandum 12 (Geschäft Nr. 216) auf die nächste Sitzung zu verschieben. Da es ein Krankheitsfall ist, akzeptiert Christian Schaub das Begehren.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Für die Geschäfte 216 und 213 gibt es aufgrund einer gewissen Einheit der Materie eine identische Stellungnahme des Gemeinderats. Im Sinn eines effizienten Ratsbetriebs beantragt die Fraktion, auch das Traktandum 11 zu verschieben, damit nicht an zwei Sitzungen zum gleichen Thema gesprochen werden muss.

Markus Ziegler, FDP: Seines Wissens ist nach Versand nicht das Büro, sondern das Plenum zuständig für die Traktandenliste. Das heisst, es muss im Rat über die beantragte Verschiebung von Traktanden abgestimmt werden.

Vreni Dubi, SP wünscht, dass die beiden Anträge separat behandelt werden.

FDP, Markus Ziegler bedauert, dass sich die Motionärin einer Operation unterziehen muss, nichtsdestotrotz ist das Geschäft traktandiert. Er hat Mühe damit, wenn aufgrund einzelner Vakanzen Geschäfte verschoben werden. Das schafft ungute Präzedenzfälle. Es geht der FDP um einen Grundsatz, nicht um einzelne Personen und sie möchte die beiden Traktanden an diesem Abend behandeln. Die Grüne/EVP ist genügend vertreten.

Urs-Peter Moos: Die SVP-Fraktion ist für die Verschiebung. Auch im Landrat wird bei Absenz des Motionärs/der Motionärin ein Geschäft diskussionslos verschoben. Im Übrigen möchte die SVP darauf Rücksicht nehmen, dass die Grüne/EVP eine kleine Fraktion ist.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag R. Bänziger: Verschiebung Geschäft Nr. 216 auf die nächste Sitzung

Ja: 19

Nein: 15

Enthaltungen: 1

://: Der Antrag wird angenommen.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag Grüne/EVP: Verschiebung Geschäft Nr. 213 auf die nächste Sitzung

Ja: 16

Nein: 19

Enthaltungen: 0

://: Der Antrag wird abgelehnt.

SVP, Urs-Peter Moos möchte sicherstellen, dass seine Interpellation (Traktandum 13) am heutigen Abend beantwortet wird und beantragt deshalb, das Geschäft Nr. 227 als 5. Traktandum zu behandeln.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag U.-P. Moos: Verschiebung Traktandum 13 hinter Traktandum 4

Ja: 24

Nein: 3

Enthaltungen: 8

://: Der Antrag wird angenommen.

1. Genehmigung des Protokolls vom 30.1.2012
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.2.2012:
Umsetzung der kommunalen Schulraumplanung 230
Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.2.2012:
Nutzung Untergeschoss Kronenmattgebäude für Musikschule 229
Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.2.2012
Pensumserhöhung von 33.8 auf 70 Stellenprozent im Bannwartsdienst 190
Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Motion Grüne/EVP: Aufwertung des Werkhofs Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 181
Geschäftskreisführung: Agathe Schuler
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Interpellation Grüne/EVP: Förderung umweltverträglicher Verkehr 182
Geschäftskreisführung: Charles Simon
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.12.2011:
Postulat SP: Infocard – Die Karte für Engagement: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 195
Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.12.2011
Postulat M. Ziegler, FDP: Wider die Verbotsgesellschaft: Gleichstellung von Kinder- und Gewerbelärm: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 197
Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.1.2012
Interpellation P. Kaiser, SP: Easy-Abstimmigsbüechli 204
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.12.2011:
Postulat GRPK: Änderung der Vereinbarung für die Unterbringung Asylsuchender mit Reinach 205
Geschäftskreisführung: Anne Mati
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.2.2012
Motion SP: Strukturanalyse der Bauabteilungen 213
Geschäftskreisführung: Charles Simon
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.2.2012:
Motion R. Bänziger, Grüne/EVP: Wiedereinführung eines Bauverwalters 216
Geschäftskreisführung: Charles Simon
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.2.2012:
Interpellation U.-P. Moos, SVP: Binner Gemeindepolizei bald ohne Personal? 227
Geschäftskreisführung: Charles Simon
14. Diversa

Genehmigung des Protokolls vom 30.1.2012

Das Protokoll vom 30.1.2012 wird auf Antrag von R. Bänziger wie folgt ergänzt: *Die Grünen/EVP hätten keine neue Schlosstreppe gebraucht. Selbstverständlich respektiert die Fraktion den Volksentscheid und sie kam zum Schluss, dass die vorgeschlagene Variante C wohl am ehesten diesem entspricht.*

Urs-Peter Moos: Die SVP-Anfragen wurden, wie auch diejenigen der SP, gleich im Anschluss an Traktandum 4 beantwortet, müssten folglich im Protokoll weiter vorne erscheinen.

Bekannterweise wurde die letzte Sitzung wegen einer Panne nicht aufgenommen. In dieser Sitzung wurde das Traktandum 4 heiss diskutiert und die anschliessende Beantwortung der Anfragen enthielt strafrechtlich relevante Aussagen, welche die SVP im Protokoll vermisst. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion in corpore das Protokoll ab.

Traktandum 2

Nr. 230

Umsetzung der kommunalen Schulraumplanung

EINTRETEN

Gaida Löhr: Die SP ist dem Gemeinderat, der Schulleitung, der Schule und der Verwaltung dankbar für die ausgesprochen gut und sorgfältig ausgearbeitete Vorlage. Das Geschäft bietet eine Gesamtschau über alles, was in nächster Zeit im Bereich Schule zu bedenken ist – was gemacht werden muss, was gemacht werden kann, um den Moment zu nutzen. Der Gemeinderat hat wirklich alles berücksichtigt, was zu berücksichtigen ist. Für jeden Standort wurde abgeklärt, was es braucht, damit der Kindergarten und die 6-jährige Primarschule (mit vermehrtem Abteilungsunterricht, mit Mittagstisch, mit Nachmittagsbetreuung) Platz findet. Man hat sich auf die vier Standorte konzentriert, dachte an die Aufhebung der Kindergärten, an den längeren, gefährlicheren Schulweg etc.. Selbstverständlich begrüsst die SP, dass energetische Massnahmen geplant sind. Sie ist für eine Überweisung in eine 9-er-Spezko, da es ein umfangreiches, komplexes Geschäft ist. Da es nicht nur ein Bau- sondern auch ein Schulgeschäft ist, möchte man es nicht in die BPK geben. Man erachtet es als wichtig, dass Fachleute beider Sparten dabei sind.

Die Fraktion stellt den Antrag, über Punkt 18, Verkauf des Primarschulhauses Spiegelfeld, separat abzustimmen. Darüber entscheidet am Schluss die Bevölkerung in einer Abstimmung. Damit rasch mit der Planung im Spiegelfeld bald begonnen werden kann, ist es wichtig, dass dieser Entscheid direkt gefällt wird.

Grüne/EVP: Beatrice Büschlen bedankt sich im Namen der Fraktion für die ausgezeichnet ausgearbeitete Vorlage – eine der besten in den letzten vier Jahren. Die vom Volk gutgeheissene Umstellung des Schulsystems fordert Lehrpersonen, Schülerinnen, Schüler und Erziehungsberechtigte gleichermassen. Die Grüne/EVP ist erfreut, dass die vorhandenen Schulstandorte genügend Potenzial für einen HAR-MOS-kompatiblen Ausbau bieten und vorläufig keine neuen Schulhäuser gebaut werden müssen. Wenn schon um- und ausgebaut werden muss, soll das nachhaltig getan werden. Energieeffizienz und Nachhaltigkeit hilft auch langfristig Kosten zu sparen. Mit einer kontrollierten Raumlüftung wird das konzentrierte Arbeiten in den Schulzimmern unterstützt. Es ist der ideale Zeitpunkt, um auch den Bedürfnissen von Menschen mit einer Behinderung Rechnung zu tragen. Es sollen alle Bauten diesbezüglich überprüft und entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Von der zaghaften Umsetzung des Behinderten-

gleichstellungsgesetzes ist die Fraktion ein wenig enttäuscht. Die Rednerin hat zu diesem Thema ein Postulat eingereicht.

Zwei Fragen möchte sie gerne beantwortet haben:

1. Wurden die bestehenden Schulstandorte auf ihre Erdbebensicherheit geprüft und falls ja, wie fiel die Beurteilung aus?

2. Wie ist das weitere Vorgehen beim Kindergarten Amerikanerstrasse? Wird der Einwohnerrat noch darüber informiert, wie es weiter geht und wie sieht der Zeitplan aus?

Die Grüne/EVP würde es nicht begrüssen, wenn günstiger Wohnraum durch teuren ersetzt würde. Sie ist gespannt auf das Resultat der Verhandlungen über die Übernahme der Dreifach-Turnhalle, die der Kanton wünscht.

Da die Vorlage übersichtlich nach Standorten gegliedert und in Einzelanträge aufgeteilt ist, kann darüber sehr effizient beraten und abgestimmt werden. Die Fraktion erachtet alle Massnahmen als notwendig und nachhaltig und sieht keine Notwendigkeit, das Geschäft in eine Kommission zu überweisen. Um die Planung und Umsetzung der vielen Veränderungen zu erleichtern, stimmt die Grüne/EVP allen Anträgen zu.

Auch Silvia Bräutigam, CVP, bedankt sich für die gute Vorlage. Ab 2015 benötigt die Primarschule mehr Raumangebot und die Kindergärten müssen infolge des Kindergartenkonzeptes von 2008 in den Primarschulanlagen untergebracht werden. Das Schulraumkonzept bringt sämtliche Primarschüler und Kindergärtner an vier Standorten unter. Das bedeutet für die Kinder einen gemeinsamen Schulweg und einen einfacheren Zugang zur Mittags- und Nachmittagsbetreuung. Die CVP-Fraktion unterstützt alle Punkte zur Umsetzung der Planung. Da bei einigen Kreditanträgen Fragen aufgetaucht sind, möchte sie das Geschäft zur Beurteilung in eine Kommission überweisen. Antrag 18, Verkauf des Primarschulhauses Spiegelfeld, soll direkt beschlossen werden, da der vom Kanton angebotene Kaufpreis fix ist. Der Kanton übernimmt auch die Sanierungsarbeiten von über 15 Millionen Franken. Der heutige Beschluss zum Verkauf gewährleistet, dass die nötige Volksabstimmung im November durchgeführt werden kann, dass das Konzept der Zusammenführung der Sekundarschulen eingehalten wird sowie eine Planungssicherheit für die Sanierungsarbeiten, die im Sommer dieses Jahres beginnen sollen.

FDP: Sven Inäbnit lobt die grosse Arbeit des Gemeinderats und aller involvierten Instanzen. Es ist sicher auch nötig, diesen grossen und gewichtigen Brocken mit besonderer Sorgfalt zu behandeln, denn es geht darum, die Binniger Schulen für die künftigen Herausforderungen fit zu machen. Die Fraktion bedankt sich auch im Nachhinein für die Informationsveranstaltung, hätte sich aber gewünscht, dass sie nicht erst eine Woche vor der Beratung im Rat durchgeführt wird.

Die komplexe Vorlage führt vier miteinander verwobene Themen zusammen: Erfüllung der Auflagen von HARMOS, Vorstellungen und Wünsche zur kommunalen Schulraumplanung über HARMOS hinaus, Sanierungs- bzw. Unterhaltsaspekte sowie Vollzug von bildungspolitischen Vorgaben des Kantons. Der Katalog der beantragten Massnahmen ist entsprechend umfangreich. Man ist der Meinung, dass „need to have“ und „nice to have“ etwas genauer unter die Lupe genommen werden müssen. Für die Fraktion ergeben sich vier Themenkreise:

- Energetische Sanierung: Es ist unklar, wieviel der Anteil an unumgänglichen Unterhaltsarbeiten zur Substanzerhaltung beträgt und wieviel die Mehrkosten für energetische Verbesserungen ausmachen. Den geplanten Ausgaben für energetische Sanierungen von CHF 6.5 Mio. stehen Einsparungen für Energiekosten von etwa CHF 63 000 gegenüber. Keine Privatperson würde so viel für so wenig return investieren, auch nicht für den zusätzlichen, nicht quantifizierbaren return im Rahmen des Klima- und Umweltschutzes.
- Die Erhöhung der Betriebskosten bei der Umsetzung aller baulichen und organisatorischen Massnahmen ist nicht genau, teilweise gar nicht quantifiziert. Hier sind detailliertere Angaben für eine Entscheidungsgrundlage notwendig.
- Kosten für den Standort Dorf: Die angestrebte Zentralisierung der Kindergärten führt ausgerechnet im Dorf zur komplexesten Situation. Nach einer recht teuren Provisoriumsphase wird es dort nicht abseh-

bare bauliche Folgekosten geben. Man fragt sich, ob das Ganze am Schluss ein positives Resultat ergibt und ob dieses die exorbitanten Kosten übersteigt.

– Die Aufhebung des einzigen Kindergartens auf der Bruderholzseite betrifft in erster Linie 4-, 5-jährige Kinder und ihre Familien – und nicht die Schule und Lehrerschaft. Fragen: Schulwegsicherheit? Elterntaxi? Gibt es überhaupt eine Not für diese Massnahme? Profitiert am Schluss die Schulorganisation oder tatsächlich die betroffenen Knirpse, die neu in einen ganz anderen Dorfteil müssen?

Zur Abklärung dieser Fragen und Themen beantragt die FDP-Fraktion die Überweisung der Vorlage in die Bau- und Planungskommission, weil grossmehrheitlich Bau- und Baukostenfragen im Vordergrund stehen. Ausgenommen werden sollen die Anträge 18-20. Ein sofortiger Beschluss durch den Einwohner- rat ist vertretbar, weil es keinen Verhandlungsspielraum gibt und mit Zuwarten nichts gewonnen wird.

SVP: Urs-Peter Moos: Die Fraktion bedankt sich für die gut ausgearbeitete Vorlage. Es geht also um die Umsetzung von HARMOS, das durch das Baselbieter Stimmvolk gutgeheissen wurde. Es muss bemerkt werden, dass damals keine Angaben zu den Kosten dieser Systemumstellung gemacht wurden. Positiv- erweise hat sich der Kanton für eine grosszügige Abgeltung der Schulhausbauten entschieden und Bin- nungen kann entsprechend profitieren. Zur durchgeführten Informationsveranstaltung bemerkt der Redner, dass die Einladung etwas spät kam und seine Fraktion deshalb leider nicht bis zum Schluss blei- ben konnte. Da an jenem Abend einige Fragen gestellt und beantwortet wurden, werden sie aus dem Rat genommen, was die SVP bedauert. So gehen sie für die anwesenden Zuhörer und für das Protokoll mehr oder weniger unter.

Im jetzigen Konzept ist vorgesehen, dass die Kindergärtner auf dem Schulweg keine Hauptverkehrsach- se überqueren müssen. Das würde sich nun ändern und dagegen hat die Fraktion Vorbehalte.

Die SVP unterstützt den Antrag der SP bezüglich Antrag 18 und ist für eine Überweisung in eine Spezial- kommission.

SP: Gaida Löhr macht Sven Inäbnit darauf aufmerksam, dass das Thema Kindergarten Bruderholz zeigt, dass es in dieser Vorlage nicht nur um Baugeschäfte geht und es deswegen nötig ist, dass aus beiden Bereichen Leute in der Kommission sitzen. Die FDP hat Bedenken, dass beim Standort Dorf zuviel gebaut wird. Wenn aber nicht gebaut wird, braucht es Schulfachleute, die über Lösungen nachdenken müssen.

Sven Inäbnit, FDP, weist die Vorrednerin darauf hin, dass er von grossmehrheitlichen Bauvorhaben ge- sprochen hat und seine Fraktion findet, dass es zum Teil gewichtige Bauvorhaben sind. Er geht davon aus, dass die Leute der BPK ebenfalls Schulkenntnisse und -erfahrungen haben und in der Lage sind, die Fragen zu beantworten.

Gemeinderätin Nicole Schwarz ist erfreut über die gute Aufnahme der Vorlage. Das Geschäft ist umfas- send und tangiert einerseits viele Aspekte, die mit Baulichem zu tun haben, andererseits andere Berei- che, mit denen sich der Gemeinderat in dieser Legislatur befasst – nicht zuletzt die Verbesserung der Energiebilanz der gemeindeeigenen Liegenschaften. Das ist der Grund, warum man die Gelegenheit beim Schopf packt und schaut, was gleichzeitig bei der Umsetzung der Vorgaben des Kantons in energe- tischer Hinsicht verbessert werden kann. Es wurde eine umfassende Studie über die Energiebilanz ge- macht und es hat sich gezeigt, dass bei den betroffenen Schulbauten (insbesondere bei den Schulhäu- sern Mühlematt und Neusatz) mit vernünftigen Massnahmen Einiges heraus geholt werden kann. Im Zusammenhang mit der Turnhalle Neusatz wurde im Rat schon einmal vertieft darüber debattiert, ob es sinnvoll ist, viel Geld in energetische Sanierungsmassnahmen zu stecken, dabei auch noch graue Energie zu produzieren um am Schluss quasi Null Franken in Form von Einsparungen zurück zu erhalten. Wir stehen im 21. Jahrhundert und wissen um die klimatischen Verhältnisse dieses Planeten. Der jetzige Gemeinderat will die „2000-Watt-Gesellschaft“ nicht leeres Gerede sein lassen, hat das ins Legislatur- programm aufgenommen und jetzt die entsprechenden Massnahmen vorgeschlagen. Die Grösse, die dem hohen Investitionsbetrag gegenüberzustellen ist, sind die Tonnen von CO², die Dank der energe- tischen Sanierungen nicht in die Atmosphäre gelangen.

Zu den Fragen: Es wurden keine Abklärungen zur Erdbebensicherheit gemacht. Das ist sicher ein interessanter Punkt, den man durchaus prüfen könnte, der natürlich auch wieder mit Kosten verbunden wäre.

Die Zukunft der Amerikanerstrasse ist noch ungewiss. Im Rahmen des strategischen Entwicklungsplans wurde gesagt, dass es dort einen besseren Spielplatz braucht, weil in diesem Gebiet viele Mehrfamilienhäuser stehen und die Kinder sich nicht im eigenen Garten austoben können. Doch bis anhin hat sich der Gemeinderat noch keine vertieften Gedanken darüber gemacht, wie es an der Amerikanerstrasse weiter gehen soll.

Zur Frage der FDP, inwiefern die Unterhaltsarbeiten energetische Massnahmen provozieren: Keine der vorgeschlagenen Massnahmen lässt sich als simple Unterhaltsarbeit verkaufen. An der Energiebuchhaltung des Schulhauses Mühlematt, das 1970 gebaut wurde, sieht man sehr gut, dass jährlich enorm viel Energie in die Umwelt verpufft wird. Zum Anfangen ersetzt man die Fenster, saniert die Fassade und so kommt eins zum andern und ergibt bald ein grosses Volumen. Bei einem grossen Volumen kann dafür auch Einiges herausgeholt werden. Auch beim Neusatz-Schulhaus, das aus dem Jahr 1952 stammt, kann mit sinnvollen Massnahmen viel verbessert werden.

Die Gemeinde will im Bereich energetische Massnahmen eine Vorbildfunktion einnehmen und wagt sich deshalb jetzt auch punktuell an die Objekte, die energetische Massnahmen verdienen. Eine Perspektive wäre, auf einem sanierten Dach mittels eines contractings eine Energieanlage aufzustellen und auf diese Weise von den getätigten Investitionen zu profitieren.

Zum Standort Dorf: Im vorliegenden Geschäft ist erst das Provisorium enthalten, die lange Perspektive ist noch nicht ausgearbeitet. Momentan ist erst definiert, wo der beste Standort wäre und was das benötigte Volumen dort kosten würde. Dieses Projekt verdient es, sorgfältig ausgearbeitet zu werden und benötigt deshalb noch Zeit.

Zum Thema Kindergärten weist die Gemeinderätin Urs-Peter Moos darauf hin, dass bereits heute Kindergärtner eine grosse Achse überqueren müssen. Der Bruderholz-Kindergarten fasst nur ein Viertel der Kinder des Einzugsgebiets. Die anderen Dreiviertel gehen entweder ins Pestalozzi-Schulhaus oder in den Kindergarten in der Blumenstrasse. Es ist also Fakt, dass die meisten Kinder von jener Hügelseite über die grosse Strasse müssen. Durch die Blockzeiten gibt es eine Art Stosszeiten des Fussverkehrs der Kinder. Grössere Gruppen Kinder sind besser in der Lage, grosse Strassen zu passieren. Die Distanz, die zurückzulegen ist, ist etwa die gleiche, die Kinder vom Neubadrain bis zum Neusatz-Schulhaus zurück legen müssen. Doch die Strasse lässt sich nicht wegdiskutieren und es ist davon auszugehen, dass diese Diskussion wieder geführt wird, wenn die Zusammenlegung der Kindergärten spruchreif ist.

Präsident Christian Schaub schlägt vor über die Anträge 18-20 direkt abzustimmen. Anschliessend kann darüber abgestimmt werden, ob der die übrigen Anträge des Geschäfts in eine Spezko oder in die BPK überwiesen werden.

Sven Inäbnit: Die FDP ist für eine rasche Bearbeitung und schliesst sich deshalb der Meinung an, die Vorlage an eine Spezko zu delegieren. Sie zieht den Antrag auf Überweisung an die BPK zurück.

ABSTIMMUNG

Abstimmung: Direktbeschluss über Anträge 18 bis 20

Einstimmigkeit

://: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmung: Antrag SP auf Überweisung der restlichen Anträge an eine 9-köpfige Spezialkommission
Einstimmigkeit

BESCHLUSS

Standort Spiegelfeld:

- ://: 18. Der Verkauf des Primarschulhauses an den Kanton zum Preis von CHF 5 312 000 wird bewilligt.
19. Der Verkauf des Primarschulhauses Spiegelfeld untersteht aufgrund von § 10 Bst. h der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum und wird den Stimmberechtigten zur Bewilligung unterbreitet.
20. Im Rahmen der Abstimmungserläuterungen empfiehlt der Einwohnerrat Zustimmung zum Verkauf.

Weitere Anträge:

Für die Beratung der restlichen Anträge wird das Geschäft an eine 9-köpfige Spezialkommission überwiesen.

Traktandum 3

Nr. 229

Nutzung Untergeschoss Kronenmattgebäude für Musikschule

EINTRETEN

FDP: Willy Müller wusste bis anhin gar nicht, dass unter dem Kronenmattsaal eine Schreinerei ist. Auch im Zusammenhang mit dem Werkhofneubau wurde sie nie erwähnt. Bei einem Augenschein hat er festgestellt, dass die Werkstatt über einen sehr gut bestückten Maschinenpark verfügt. Er ist nach Besichtigung der Schreinerei im Werkhof der Meinung, dass eine Zusammenlegung der beiden Schreinereien sinnvoll ist. Ihn stört nur, dass die Schreinerei in einem Provisorium im Werkhof eingegliedert werden und das Ganze CHF 42 000 kosten soll. Im Bericht steht auf Seite 2, dass ab 2013 eine umfassende Planung für den jetzigen Standort Parkstrasse erstellt wird und der Redner fragt sich deshalb, warum die Bauabteilung nicht ein Jahr im Voraus denken kann.

Kosten: Die FDP ist mit dem Voranschlag von CHF 183 000 (+/- 10 %) nicht einverstanden. Für die Projekt- und Bauleitung sind CHF 28 000 geplant. Für die Planung einfacher Arbeiten wie Umzug, Malerarbeiten usw. brauche es keinen Architekten, das kann die Bauabteilung erledigen. Die Fraktion stellt Antrag I: Die Projekt- und Bauleitung ist intern durch die Bauabteilung auszuführen. Kosteneinsparung: CHF 28 500.

Laut Seite 3 der Vorlage wird dem Einwohnerrat ein Kredit unterbreitet, der 10 % über dem Kostenvoranschlag liegt. Die BPK ist bereits früher zum Schluss gekommen, dass es nicht opportun ist, diese 10 % bereits im Kostenvoranschlag einzurechnen. Mit den generellen +/- 10 % ergibt das +/- 20 %, was auch nach SIA nicht üblich ist.

Antrag II: Der Zuschlag von 10 % zum Kostenvoranschlag CHF 182 000 ist zu streichen. Kosteneinsparung: CHF 18 200. Einsparungen total Antrag I und II: CHF 46 700. Kostenvoranschlag neu (+/- 10 %): CHF 135 300.

Erika Bättig Knotek, parteilos: Die SP-Fraktion erachtet den Antrag als umsichtige und gut durchdachte Lösung. Es ist bekannt, dass die Projekt- und Bauleitungskosten jeweils etwa 15 % der Totalkosten ausmachen, doch erscheint auch ihnen der Betrag von CHF 28 500 hoch. Man findet es erfreulich, dass die Musikschulen, der Samariterverein und das Werkhofpersonal die Raumanpassungen unkompliziert mittragen. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Nutzung des Untergeschosses des Kronenmattgebäudes

unter anderem für den Tanzsaal –aus mehreren Gründen ideal ist. „Ein Lob dem Tanz, der alles fordert, die Gesundheit fördert sowie Geist und Seele beschwingt“. In diesem Sinn stimmt die SP-Fraktion der Vorlage zu.

Christoph Anliker, SVP: Seine Fraktion hat Verständnis für den Raumbedarf für den Tanzsaal, doch stellt sie sich ein paar Fragen:

1. Beteiligt sich Bottmingen an den Kosten und wenn ja, mit wieviel? Wenn nein, warum nicht?
2. Wie hoch sind die jährlichen Betriebskosten?
3. Analog den Vorredner/-innen erscheinen der SVP 15 % für Bauleitung und 10 % für Unvorhergesehenes relativ hoch. Man ist der Meinung, dass der Werkhof auch in der Lage ist, das zu managen.
3. Wie sieht die Auslastung in Zukunft aus, gibt es eventuell private Interessenten, die sich einmieten möchten?
4. Wurde unter Ziffer 281, Bodenbeläge, ein Schutzboden eingeplant? Falls in diesem Saal Instrumentalunterricht stattfinden soll, könnten z.B. die Stachel der Celli Schäden verursachen.
5. Das Investitionsbudget ist bereits im Voranschlag 2012. Warum kommt man erst jetzt mit dieser Vorlage? Da man im Sommer mit den Umbauarbeiten beginnen will, ist der Zeitplan bereits wieder knapp. Da andere Fraktionen bestimmt auch noch Fragen haben, ist die SVP der Meinung, dass das Geschäft in eine Kommission überwiesen werden soll.

SP: Susanne Tribolet nimmt als Präsidentin des Musikschulrats Stellung zur Vorlage: Die Musikschule hat schon seit Längerem nach einem geeigneten Tanzraum gesucht. Man wusste zwar, dass der Tanzraum im Schulhaus Spiegelfeld dereinst nicht mehr zur Verfügung stehen wird, doch rechnete man nicht damit, dass das bereits ab August 2012 (und nicht erst 2015) der Fall ist. Die Begeisterung für den Tanz ist nicht nur bei den Tanzenden gross. Der Kronenmattsaal ist bei den Aufführungen jeweils bis auf den letzten Platz besetzt; notabene nicht nur durch Angehörige, sondern auch durch Fanclubs der Teenager. Aus Sicht der Schulleitung und der Lehrerschaft ist der geplante Raum unterhalb des Kronenmattgebäudes ideal. Es könnten sowohl Orchester- und Ensembleproben als auch Instrumentalunterricht abgehalten werden. Ein Teil der wegfallenden Räumlichkeiten könnte also hier aufgefangen werden. Man ist froh und dankbar, dass der Samariterverein das Vorhaben unterstützt. Der neue Raum bedeutet auch eine Stärkung des Hauptstandortes Kronenmatt, was von Binningen und Bottmingen beabsichtigt wird. Susanne Tribolet hofft, dass die Vorlage trotz der hohen Kosten heute gutgeheissen wird, da die Musikschule sonst nach den Sommerferien ein Problem hat. Alle Betroffenen würden sich über eine heutige Zusage sehr freuen.

Patrizia Scaioli, CVP: Aufgrund der Gegebenheiten ist es offensichtlich, dass für den Tanz- und Instrumentalunterricht neue Räumlichkeiten geschaffen werden müssen. Da die Räumlichkeiten im Untergeschoss des Kronenmattsaaus offenbar ideal sind, stimmt die CVP-Fraktion dem Kreditantrag zu. Sie hofft allerdings, dass der Samariterverein und der Werkhof mit den Dislokationen wirklich einverstanden sind.

Die CVP wird den Anträgen der FDP nicht zustimmen, da die Arbeiten ganz dringend bis Ende Sommerferien abgeschlossen sein müssen und der Bauabteilung die nötigen Ressourcen fehlen.

Grüne/EVP, Anand Jagtap: Die beiden Trägergemeinden haben sich darauf geeinigt, die Musikschule auf zwei Standorte zu konzentrieren. Das bringt einerseits für den Betrieb der Musikschule klare Vorteile, andererseits stärkt es die Bottminger Seite, da künftig mehr Unterrichtsstunden in Bottmingen stattfinden sollen. Die Fraktion unterstützt die Vorlage ganz und gar, weil sie diesen beiden Aspekten der mittelfristigen Entwicklung der Musikschule entspricht.

Eine kurze Bemerkung zum Kapitel 1.1: Der Gemeinderat hatte schon beinahe gebetsmühlenartig wiederholt, dass der Werkhof aufgrund der zonenrechtlichen Problematik nicht weiterentwickelt werden kann. Nun hat sich der Wind anscheinend gedreht. Die Grüne/EVP hat schon immer Mühe mit der Argumentation des Gemeinderats bekundigt und darauf hingewiesen, dass die kantonale Baubewilli-

gungsbehörde die Sachlage anders beurteilt. Die Vorlage, in der erläutert wird, wie der Werkhof für die nächsten 20 Jahre fit gemacht werden soll, wird deshalb mit Spannung erwartet. Die Grüne/EVP wird den Anträgen des Gemeinderats folgen.

FDP: Markus Ziegler weist die CVP darauf hin, dass der Sprecher seiner Partei nicht davon gesprochen hat, das Geschäft verzögern, zurückweisen oder ablehnen zu wollen, weil man im Grundsatz am Geschäft zweifelt. Der Redner geht nochmals auf die beiden Punkte ein.

1. Kostenschätzung: Dass die Kosten einfach um 10 % zu den üblichen 10 % angehoben werden, entspricht nicht den üblichen Budgetierungsregeln. Man will, dass es so gemacht wird wie überall sonst.
2. Es geht um kleine Umbauarbeiten und man ist der Meinung, dass die Bauverwaltung in der Lage sein muss, ein derart kleines Projekt durchzuführen. Vielleicht hätte man besser etwas grössere Projekte extern vergeben, doch wenn eine so kleine Sache nicht mehr intern gemacht werden kann, stellt sich die Frage, wozu man überhaupt eine Bauverwaltung hat.

Die Partei will also weder verzögern noch verhindern, sondern einfach realistische Zahlen hinter das Projekt setzen.

Gemeinderätin Nicole Schwarz nimmt zu den Fragen Stellung:

Wie Willy Müller richtig bemerkt hat, gibt es in der Bauverwaltung Architekten, die von der fachlichen Kompetenz her durchaus in der Lage sind, dieses Projekt zu begleiten. Doch bei der Bauverwaltung liegen noch andere Projekte auf dem Tisch und es stellt sich die Frage, was erledigt man intern, was vergibt man extern. Die Dimension dieses Geschäfts ist derart, dass man sie sehr gut an einen Dritten übergeben kann. Um diese Vorlage zu erstellen hat man für die Vorabklärungen einen Externen beauftragt und geht nun davon aus, dass ein Externer das Projekt zu Ende führt, was nicht heisst, dass es nicht auch intern erledigt werden könnte. Es ist einfach so, dass die Ressourcen knapp sind, es zu einem Engpass kommen könnte und nicht sicher gestellt wäre, dass alles bis Ende Sommerferien bereit ist.

Zu den Kosten: Der Satz auf Seite 3, in dem es um die zusätzlichen 10 Prozent geht, ist fälschlicherweise noch im Text. Der Gemeinderat ist vom unüblichen Vorgehen abgekommen und der Kreditantrag beinhaltet nur 10 Prozent plus oder minus. Es gibt keine weiteren 10 % mehr als Auffangbecken. Die Gemeinderätin entschuldigt sich für diesen Fehler.

Die Baukostenleitung wird üblicherweise mit den berechneten 15 Prozent veranschlagt. Es wurden ja auch bereits Leistungen erbracht, doch gibt es dazu noch keine Rechnung. Für die Fortsetzung des Projekts wäre es günstig, wenn man mit dem Externen weiter machen könnte.

Auf die Frage, warum man erst jetzt mit diesem Geschäft kommt, sagt Nicole Schwarz, dass der Gemeinderat vom Kanton überrascht wurde, weil man (wie die Musikschule) darauf eingestellt war, dass man erst im 2015 aus dem Spiegelfeldschulhaus muss und nicht schon während der Sanierungsarbeiten. Da das während des Budgetprozesses klar wurde, ist es bei den Investitionen bereits enthalten und kommt mit dem Themenkreis Schulraumplanung in den Einwohnerrat.

Kosten, die Bottmingen übernehmen könnte: Die Kosten (Lehrerlöhne) der bi-kommunalen Musikschule werden nach einem genauen Schlüssel aufgeteilt. Wie das bei Baukosten gehandhabt wird, weiss Nicole Schwarz auch nicht. Jede Gemeinde stellt Räumlichkeiten für den Musikunterricht zur Verfügung. Wie beim Geschäft Schulraumplanung schon erwähnt, will Bottmingen in Zukunft sogar mehr Räumlichkeiten aufbauen und Binningen zahlt an diese dann auch nichts.

Der Tanzraum wird mehrfach genutzt und wie der neue Boden geschützt wird oder nicht, kann die Gemeinderätin zur Zeit auch nicht beantworten. Es kann sicher abgeklärt werden, ob Schutzvorrichtungen irgendwelcher Art benötigt werden.

Willy Müller, FDP: Aufgrund der Aussage der Gemeinderätin, dass der Satz mit den zusätzlichen Prozent als Auffangbecken nicht gültig ist, zieht die FDP den Antrag I zurück.

SVP: Urs-Peter Moos fragt nach, ob es bei den Räumlichkeiten, die ja auch immer mit Unterhaltskosten verbunden sind, tatsächlich keine Aufschlüsselung, sprich Transparenz, gibt?

Gemeinderätin Nicole Schwarz muss die Frage stehen lassen. Wie gesagt baut Bottmingen die Räumlichkeiten auf, was sich auch in den Betriebskosten niederschlagen wird. Was die Aufschlüsselung der Schülerzahlen betrifft, empfiehlt die Rednerin, sich an Susanne Tribolet zu wenden. Anscheinend hat sich aber bis jetzt noch niemand übervorteilt gefühlt, denn es gab bisher noch nie Beanstandungen.

Severin Brenneisen, SP: Laut Nicole Schwarz hat die Bauverwaltung momentan nicht genügend Ressourcen, um das Projekt selber auszuführen. Aufgrund der Dringlichkeit der Arbeiten plädiert die SP dafür, dass die Bau- und Projektleitung wie vom Gemeinderat vorgesehen ausgeführt wird.

FDP, Markus Ziegler: Die Gemeinderätin hat gesagt, die Bauverwaltung sei überlastet mit Budget erstellen und der täglichen Arbeit. Das erscheint dem Redner als etwas wenig, denn seiner Meinung nach müssen die Fachleute der Bauabteilung fähig sein, ein so kleines Projekt abzuwickeln.

SP: Vreni Dubi weist Markus Ziegler darauf hin, dass ein Architekturbüro die Pläne bereits gemacht hat und fände es seltsam, wenn nun die Bauabteilung das quasi nochmals machen müsste.

Patrizia Scaioli, CVP: Es geht hier um die Dringlichkeit der Sache. Mit einer Übergabe an die Bauabteilung könne es zu Verzögerungen kommen. Die CVP möchte nochmals betonen, dass es bei ihrem Votum um die Dringlichkeit ging.

Urs-Peter Moos, SVP, empfindet das Ganze als unsorgfältigen Umgang mit Steuergeldern. Die Auflistung der Bauarbeiten zeigen, dass das es „peanuts“ sind. Auf den Tanzraum bezogen will man CHF 18 000 für die Bauleitung ausgeben. Leute der Bauabteilungen müssen das mehr oder weniger aus dem Ärmel schütteln können. Die SVP unterstützt den Antrag der FDP, weil für sie nicht schlüssig ist, warum ein Externer beigezogen werden soll.

Gemeinderätin Agathe Schuler: Die Bauabteilung ist zuständig für Bauen und Planungen. Insgesamt sind es 4.5 Stellen (wobei eine ganz neu ist). Zur Bauabteilung gehört z.B. auch die Betreuung des Schlossumbaus, die Schlossmauer, Sportanlagen etc.. Des Weiteren beinhaltet sie die ganze Planung. Für die Ortsplanungsrevision läuft zurzeit die Planaufgabe, nach dieser müssen innerhalb von zwei Monaten die Einsprachen behandelt werden. Dieses grosse Projekt ist ziemlich intensiv. Momentan kommen täglich unangemeldet Leute in die Bauverwaltung, denen Auskunft zu Zonenplan und Zonenreglement gegeben werden muss. Agathe Schuler bittet den Rat um Zustimmung zum beantragten Bau- und Projektierungskredit.

Jürg Humbel, FDP, findet, dass man Prioritäten setzen muss und das Budget bestimmt ein paar Tage verschoben werden kann.

FDP, Willy Müller weiss eine Alternative, falls die Bauabteilung tatsächlich keine Zeit hat: Im Werkhof arbeiten Super-Leute, die das gerne machen würden. Für diese einfachsten Tätigkeiten braucht es keinen Architekten.

CVP, Silvia Bräutigam: Ein Teil des Geldes wurde bereits ausgegeben. Man könnte die Bauleitung streichen und den Betrag anteilmässig kürzen.

Gemeinderätin Nicole Schwarz: Die externe Person wird in jedem Fall abgegolten. Wie gesagt, es kann intern gemacht werden, es wäre einfach zeitkritisch.

Gemeinderat Mike Keller macht folgenden Vorschlag: Der bereits bezahlte Teil der Planungskosten wird innerhalb des Kredits abgerechnet und die eigentliche Bauleitung wird inhouse gemacht.

SVP, Christoph Anliker möchte wissen, wieviel Geld denn bereits ausgegeben wurde.

Gemeinderat Mike Keller weiss nicht, was die Vorbereitungsarbeiten gekostet haben.

Auf Nachfrage des Präsidenten zieht die SVP den Antrag auf Überweisung in eine Kommission zurück.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag: FDP: Die Projekt- und Bauleitung ist intern durch die Bauabteilung auszuführen.

Ja: 19

Nein: 14

Enthaltungen: 2

://: Der Antrag wird angenommen.

Gaida Löhr stellt den Antrag, über Mike Keller's Vorschlag abzustimmen.

SVP, Urs-Peter Moos stellt fest, dass es demnach einen Rückkommensantrag gibt. Der Rat kommt immer wieder in die Situation, dass er über Geld abstimmen muss, das bereits ausgegeben wurde.

Gemeinderat Mike Keller: 1. Um ein Geschäft in den Einwohnerrat zu bringen braucht es eine Grundlage. Ohne Grundlage kann über nichts befunden werden, es braucht also eine entsprechende Vorleistung.

2. Es ist nicht üblich, dass der Einwohnerrat darüber befundet, ob eine Arbeit intern oder extern gemacht wird. Sein Vorschlag soll helfen, dass man hier weiter kommt.

Abstimmung Rückkommensantrag SP

Ja: 16

Nein: 19

Enthaltungen: 0

Schlussabstimmung:

Ja: 33

Nein: 0

Enthaltungen: 2

BESCHLUSS

://: Für den Einbau eines Tanzraums im Kronenmattgebäude, den Umzug des Samaritervereins und den Transfer der Schreinerei in das Werkhofgebäude wird auf der Basis eines Kostenvoranschlags (+/- 10%) ein Kredit von CHF 153 500 bewilligt.

Pensumserhöhung von 33.8 auf 70 Stellenprozent im Bannwartsdienst

EINTRETEN

Pascal Treuthardt, FDP: Alle Jahre wieder gibt es im Rat die Diskussion, ob man die Stellenprozente der Gemeindeangestellten um 100 oder mehr Prozente kürzen soll. Jetzt soll gezielt im Bereich des Bannwarts eine Erhöhung gemacht werden. Die FDP ist nicht sicher, ob das der dringendste Bereich ist, in dem aufgestockt werden soll. Sie ist einfach grundsätzlich nicht dafür, dass die Binner Verwaltung aufgeblasen wird und möchte das Geschäft an den Gemeinderat zurück weisen – mit dem Hinweis, dass die beim Bannwart erhöhten Prozente z.B. bei der Gemeindepolizei eingespart werden, so dass es am Schluss nicht mehr Stellenprozente gibt.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Rückweisungsantrag FDP

Ja: 9

Nein: 22

Enthaltungen: 2

://: Der Antrag wird abgelehnt.

Pascal Treuthardt, FDP: Seine Partei ist nicht dafür, mehr Arbeitsplatz zu schaffen – auch nicht für den Bannwart. Der Gemeinderat hat aus dem Bannwart ein „Mädchen für Alles“ gemacht, das anstatt im Bann in vielen Bereichen einsetzbar ist – z. B. auf dem Dorfplatz zur Beobachtung der Vermüllung (nebenbei bemerkt sollte der Müll weggeschafft und nicht beobachtet werden). Man möchte, dass der Bannwart Bannwart bleibt und nicht in ein schlechtes Licht gerückt wird oder dass er sich wie in Allschwil zu einer Hassfigur entwickelt. Er soll nicht zu einer abgeschwächten Form eines Gemeindepolizisten oder einem Müllsammler werden. Die FDP empfiehlt dem Rat die Ablehnung des Antrags.

Urs-Peter Moos: Die SVP bedankt sich beim Gemeinderat für die Vorlage. Sie hat keine Mühe damit, dass der Bannwart mit der Gemeindepolizei zusammen tätig wird. Man geht auch davon aus, dass der Vorschlag mit dem Bannwart abgestimmt worden ist. Im Rahmen des Voranschlags 2012 wurde der Stellenetat trotz Übernahme des Spiegelfeld-Schulhauses durch den Kanton nicht gekürzt (Einsparung von 400 %). Nach Aufstockung der Ferienbetreuung von 51 % bleiben immer noch 349 Stellenprozent übrig. Der Gemeinderat wird gefragt, ob er jetzt auf diese Reserve zurück greift oder ob er die ca. 113 Stellenprozent aufstocken will.

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP hat damals der Überweisung der Motion zugestimmt und findet es nach wie vor nötig. Die Auflistung der Zusatzarbeiten zeigt den Handlungsbedarf sehr gut auf. Es sind allerdings eher Arbeiten repressiver Art und die Partei würde es begrüßen, wenn für präventive Aufgaben auch so viele Stunden aufgewendet würden. Repression sollte die letzte der Aufgaben sein. Man wünscht sich, dass im 2-jährlichen Bericht auch die Art der erledigten Arbeiten aufgeschlüsselt wird. Die Grüne/EVP stimmt allen drei Anträgen zu.

Severin Brenneisen: Die SP-Fraktion findet es richtig, dass die Aufgaben des Bannwartsdienstes aufgestockt werden. Es überrascht sie etwas, dass man den Stellenetat in der zweijährigen Versuchsphase gleich verdoppelt. Doch da der Handlungsbedarf nachgewiesen und aufgeschlüsselt ist, wird man zustimmen. Die Partei ist der Meinung, dass die Stellenaufstockung öffentlich ausgeschrieben werden soll

und würde es begrüßen, wenn der Bannwardsdienst in Zukunft auf zwei Stellen aufgeteilt wäre. So wäre auch während der Ferienzeit jemand da.

SVP, Jürg Blaser: Die Fraktion begrüsst den Entscheid des Gemeinderats, den Stellenetat des Bannwards aufzustocken. Es erstaunt sie, dass beim neuen Jahresarbeitspensum, das 1470 Arbeitsstunden umfasst, über 60 % für Feld- und Waldfrevel vorgesehen sind. Für die wichtigen Bereiche wie Littering und Sammelstellenüberwachung bleiben nur noch ca. 20 %. Nach ihrer Meinung sollte die Zuteilung der Ressourcen nochmals überdenkt werden. Speziell an den Wochenenden ist das Littering-Problem nicht gelöst, was an der fehlenden Abfallentsorgung liegt. Dieser Zustand ist einer Gemeinde wie Binningen unwürdig. Nach Ansicht der SVP sollte es auch in Zukunft möglich sein, dass die Gemeindepolizei den Bannwart speziell bei der Überwachung des öffentlichen Raums ausserhalb der üblichen Arbeitszeiten unterstützt (Abend, Wochenende). Man schlägt auch vor, die Arbeiten des Bannwards in regelmässigen Abständen zu analysieren, um gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen. Falls nötig muss es auch möglich sein, das Arbeitspensum auf 100 % zu erhöhen. Die Fraktion bittet um Annahme der Anträge.

Kathrin Bartels: Die CVP nimmt mit einiger Verwunderung zur Kenntnis, dass die SVP, die Sparmethoden verordnen und Stellen über die ganze Verwaltung kürzen wollte, nun fragt, wie diese Aufstockung im gesamten Stellenpool unterzubringen ist. Vielleicht hätte man sich diese Frage vorher überlegen müssen.

Es ist bezeichnend, dass man durch die genaue Betrachtung eines Einzelfalls entdeckt, wie viele wichtige Aufgaben wahrgenommen werden. Aus der Ferne betrachtet wird das leider nicht bemerkt. Der Gemeinderat hat nun speziell diesen Einzelfall dargelegt. Die CVP kann diese Stellenerhöhung mittragen auch wenn sie die Ambivalenz zwischen „Rasenmähermethoden“ und Einzelanträgen nicht gut findet.

SVP: Urs-Peter Moos empfindet das Votum von Kathrin Bartels als undifferenziert und gegen die SVP gerichtet. Er erklärt ihr, dass es naheliegend ist, dass die Aufstockung des Bannwart-Pensums zulasten der Reserve geht, die sich durch den Wegfall von 400 % beim Schulhaus Spiegelfeld ergeben haben. Zum Votum der FDP bemerkt er, dass diese Partei anscheinend nicht erkannt hat, dass Binningen ein Sicherheitsbedürfnis hat, denn sonst würde sie nicht vorschlagen, bei der Gemeindepolizei Stellenprozente abzubauen. Weiter scheint sie nicht bemerkt zu haben, dass es, was Littering und Sammelstellen anbelangt, in Binningen teilweise sehr unschön aussieht.

SP: Vreni Dubi ist im Gegensatz zur SVP sehr froh, dass ein Grossteil des Pensums für den Wald und das freie Feld geplant ist. Littering findet nicht nur um die Sammelstellen und in den Strassen sondern – vor allem an den Wochenenden – im Wald statt. Auch die Verschmutzung der Felder durch nicht weggeräumten Hundekot ist nicht akzeptabel und man ist der Meinung, dass die Hauptaufgabe des Bannwards im Freien und nicht im bewohnten Gebiet sein muss.

Markus Ziegler, FDP, erläutert kurz, warum seine Partei das Geschäft zurückweisen wollte: Offenbar wurden dem Bannwart im Lauf der Zeit verschiedenste Aufgaben übertragen, die eigentlich in den Kompetenzbereich der Gemeindepolizei fallen. Es wäre sinnvoll gewesen zu prüfen, was Aufgabe des Bannwards und was Aufgabe der Gemeindepolizei ist.

Was die Erhöhung des Pensums anbelangt stimmt man Urs-Peter Moos zu. Im Budget eine Reserve ausgewiesen und man geht davon aus, dass die Aufstockung des Etats zu Lasten dieser Reserve geht. Da der Motionär diese Forderung gestellt hat, ist davon auszugehen, dass es der Gemeinderat auch so vorzieht.

Daniel Zimmermann, FDP: Bei einer 42-Stunden-Woche rechnet man mit einer produktiven Jahresarbeitszeit von 1750 Stunden. Wie kommt der Gemeinderat bei 70 % auf 1470 Stunden?

Gemeinderat Bruno Gehrig: Der Gemeinderat bekam vom Einwohnerrat den Auftrag, die Funktion und das Pensum des Bannwarts zu überprüfen und das Pensum auf mindestens 50 % aufzustocken. Er hat also alle Aufgaben des Bannwarts, auch die im Zusammenhang mit der Gemeindepolizei, überprüft. Die Funktion des Bannwarts und die der Polizei wurden von Anfang an klar getrennt. Dies sind in Bezug auf Voraussetzungen, Ausbildung, Ausrüstung, Bewaffnung und Besoldung verschiedene Funktionen. Die Frage nach dem Bannwarts-Pensum wurde schon lange gestellt. Unter anderem haben auch der Förster und die Bürgergemeinde festgestellt, dass der Allschwilerwald übernutzt ist – mit den entsprechenden Folgen. Diverse Bauern haben darum gebeten, das Pensum des Bannwarts zu erhöhen. Es geht nicht darum, mehr Repression auszuüben, denn der Bannwart hat eine ausgesprochen präventive Wirkung. Die Leute richten sich danach ein, wie er präsent ist und man hört immer wieder, dass er eine ausgezeichnete Arbeit leistet.

Die gut bezahlte Polizei hat andere Aufgaben, als sich um das Littering zu kümmern und es ist fraglos der Wald am meisten vom Littering betroffen.

Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass eine 70%-Stelle sinnvoll ist. Ob diese Aufstockung zu Lasten einer allfälligen Personalreserve geht, kann Bruno Gehrig im Moment nicht beantworten. Die mehrfach erwähnten Abwärtsstellen waren an sich kein Personalabbau des Gemeindepersonalbestandes sondern eine Übergabe von Gemeindeangestellten an den Kanton. Sollten tatsächlich Reserven vorhanden sein, ist er auch dafür, dass das berücksichtigt wird.

Was die Stunden betrifft: Hier wird festgehalten, was der tatsächliche Zeitaufwand ist. Ein 42-Stunden-Pensum ergibt nach seiner Kenntnis 2100 Stunden. Nach Abzug aller Ausfallstunden (Ferien, Krankheit etc.) dürften die erwähnten 1750 Stunden etwa stimmen.

SP, Severin Brenneisen betont nochmals, dass es seine Partei gut und richtig fände, wenn die Aufstockung auf zwei Stellen verteilt würde, damit in den Ferien und bei Krankheitsausfällen jemand vor Ort ist.

Gemeinderat Bruno Gehrig: Das ist nicht ganz einfach. Eine Teilung bringt viel mit sich, das schwierig zu handhaben ist.

Urs-Peter Moos: Die SVP lehnt das an sich nachvollziehbare Begehren ab, weil sie der Meinung ist, dass die Leute von ihrem Job leben können sollen.

ABSTIMMUNG

Zuhanden des Protokolls: Es sind nur noch 34 Personen anwesend.

Ja: 25

Nein: 6

Enthaltungen: 3

BESCHLUSS

-
- ://:
1. Das Arbeitspensum des Bannwarts wird per sofort auf 70 Stellenprozente erhöht.
 2. Die entsprechenden Lohnmehrkosten für 2012 in der Höhe von CHF 21 000 sowie die Aufstockung des Stellenetats im Produkt Öffentliche Sicherheit um 36.2 Stellenprozente werden bewilligt.
 3. Die Motion „Mehr Stellenprozente für den Binnerer Bannwart“ wird als erledigt abgeschrieben.
-

Interpellation U.-P. Moos, SVP: Binninger Gemeindepolizei bald ohne Personal?

Gemeindepräsident Charles Simon: Die Mitglieder des Einwohnerrats haben das Recht und die Pflicht, die Arbeit des Gemeinderats und der Verwaltung zu hinterfragen und auf allfällige Probleme aufmerksam zu machen. Es wird aber immer Fairness und guter Stil vorausgesetzt. Der Gemeinderat erachtet deshalb diese Interpellation als bedenklich. Sie unterstellt der Verwaltungsspitze, Mitarbeitende systematisch zu schikanieren und formuliert schwerwiegende, nicht belegte Vorwürfe. Zudem enthält sie vertrauliche Informationen zu Krankheitsfällen des Personals.

Der Gemeinderat hat sich deshalb am 17. Februar schriftlich an den Einwohnerratspräsidenten und die Mitglieder des ER-Büros gewendet und seine Besorgnis in drei Punkten formuliert:

1. Die Wortwahl ist verletzend.
2. Feststellungen, die auf vertraulichen Informationen beruhen und den Persönlichkeitsschutz von Mitarbeitenden tangieren, gehören nicht an die Öffentlichkeit.
3. Der GR ist sehr besorgt und bittet den Präsidenten und die Mitglieder des Büros, dass in der parlamentarischen Arbeit speziell dem Aspekt Vertraulichkeit und Persönlichkeitsschutz ein hoher Stellenwert eingeräumt wird.

Auf diesen Brief bekam der Gemeinderat bisher keine Antwort.

Zu den fünf Fragen, deren Antwort aus den vorher genannten Gründen sehr kurz gehalten wird:

1. Ja, im Januar haben zwei Mitarbeiter der Gemeindepolizei gekündigt.
2. Die beiden sind rund 12 Jahre in Binningen tätig.
3. Die Frage tangiert den Persönlichkeitsschutz und kann deshalb nicht beantwortet werden.
4. Keine Auskunft aus denselben Gründen.
5. Die beiden Stellen werden wieder besetzt, sie sind jetzt ausgeschrieben.

Urs-Peter Moos, SVP, hält an der Interpellation und am Inhalt der Interpellation fest. Er wurde als Einwohnerrat rund 15 Mal von Gemeindeangestellten kontaktiert, die sich über die Zustände in der Gemeindeverwaltung beklagt haben und erachtet deshalb seine Äusserungen als begründet. Er bittet den Gemeinderat, dies zur Kenntnis zu nehmen und verweist auf frühere Fälle, in denen auch schon versucht wurde, ihn an den Pranger zu stellen (z.B. Behindertenlift Schloss). Als dann die Wahrheit ans Licht kam, musste der Gemeinderat einräumen, dass der „ungehobelte“ Einwohnerrat doch Recht haben könnte. Urs-Peter Moos ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

Motion Grüne/EVP: Aufwertung des Werkhofs Binningen

EINTRETEN

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Nach Rücksprache mit der Motionärin, die heute nicht anwesend ist und der nachträglichen Feststellung, dass dies eher einem Postulat entspricht, wandelt die Fraktion die vorliegende Motion in ein Postulat um.

Über den Werkhof wurde heute bereits gesprochen und festgestellt, dass sich in der Zwischenzeit etwas getan hat. Die Grüne/EVP ist nach wie vor der Überzeugung, dass gemäss einem Postulat „Prüfen und Berichten“ durchaus etwas bewegt werden kann.

Gemeinderätin Agathe Schuler: Eine Motion, aber auch ein Postulat sind abzulehnen, denn man möchte als Gemeinde keine Leistungen erbringen, die sonst das lokale Gewerbe übernimmt. Der Werkhof soll sich auf die Dienstleistungen und auf die Gemeindeaufgaben fokussieren und nicht das lokale Gewerbe konkurrenzieren. Man will auch nicht primär zum Dienstleistungsbetrieb für die Umgebung werden. Gewisse Dinge werden ja gemeinsam gemacht (Salzsilo, Hebebühne). Ausserdem gibt es von Nachbargemeinden keinerlei derartige Anfragen. Aus den genannten Gründen bittet Agathe Schuler die Räte das Postulat anzulehnen.

ABSTIMMUNG

(34 Anwesende)

Abstimmung Postulat Grüne/EVP: Antrag auf Nicht-Überweisung des Postulats

Ja: 31

Nein: 2

Enthaltungen: 1

://: Der Antrag wird angenommen.

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Nr. 182

Interpellation Grüne/EVP: Förderung umweltverträglicher Verkehr

Gemeindepräsident Charles Simon:

Frage 1: Es ist eine umfassende Auflistung zu erstellen, welche die Frage beantwortet: Welche Einbahnstrassen und andere Hindernisse existieren noch in Binningen, die den umweltverträglichen Zweirad-Verkehr behindern?

Antwort: Die Signalisationen und Verkehrsregime der kommunalen Strassen sind nicht in einem geographischen Informationssystem oder auf einem Plan übersichtlich dargestellt. Es kann nicht per Knopfdruck

eine Liste erstellt werden. Irgendwelche Prozentangaben wären hier unverhältnismässig, doch der Gemeindpräsident kann ein paar konzeptionelle Antworten geben.

Mit der flächendeckenden Einführung von Tempo 30 wurden wo immer möglich Einbahnstrassen im Gegenverkehrsregime geöffnet (z.B. Margarethenstrasse). Dies im Hinblick darauf, dass der Gegenverkehr die Geschwindigkeit reduziert, denn der Einbahnverkehr fördert das schnelle Fahren. Ein paar wenige Strassen (z.B. Gärtnerstrasse) musste man im Einbahnregime lassen. Gründe dafür waren beispielsweise Strassenbreite, Übersichtlichkeit, Parkierung, Einfahrten und Anbindungsmöglichkeiten ans angrenzende Strassennetz. Es handelt sich immer um Aspekte der Verkehrssicherheit.

Was in dieser Interpellation unter „andere Hindernisse“ verstanden wird, ist dem Gemeinderat nicht ganz klar. Eine weitere Komfortsteigerung für den Langsamverkehr soll unter anderem auch mit dem sich in Bearbeitung befindenden „Konzept Langsamverkehr“ erreicht werden (z.B. Troittoirabsenkungen oder Verbesserung von Radrouten).

Frage 2: Welche Verbindungswege könnten zusätzlich für umweltverträglichen Zweirad-Verkehr geöffnet werden?

Antwort: Wie bei Frage 1 erklärt wurde: Keine weiteren.

Frage 3: Für welche Strassen/Verbindungsabschnitte gibt es gute Gründe, an der Behinderung des umweltverträglichen Zweirad-Verkehrs festzuhalten? Welche Gründe wären das?

Antwort: Zuvorderst steht das Kriterium Sicherheit im Bezug des Begegnungsfalls auf der Strecke, d.h. Kreuzen von PW mit Velo oder Kreuzen von Velo mit Fussgängern. Dieses Kriterium ist wichtig, es muss eingehalten werden und es gibt dafür auch die entsprechenden VSS-Normen. Bei Kreuzungen, Verzweigungen oder Einfahrten sind in der Regel Sichtverhältnisse massgebend. Einflussfaktoren für die Beurteilung sind Strassenbreite, Steigung der Strasse, Dichte der Parkfelder, Ausweichmöglichkeiten und der Platzbedarf für Verkehrsteilnehmer gemäss VSS-Norm. Als letzter Punkt ist noch die Frage der Nutzung der Strasse zu beachten: Ist es bei einem Fahrverbot ein Naherholungsweg oder ein Waldweg.

BESCHLUSS

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

Traktandum 8

Nr. 195

Postulat SP: Infocard – die Karte für Engagement

EINTRETEN

Patricia Kaiser, SP: Viele Jugendliche und junge Erwachsene wollen sich engagieren, wollen aktiv sein. Häufig scheitern sie jedoch an Kleinigkeiten. Es fehlt an Wissen, Infrastruktur, Kontakten usw.. Der Infokick will mit der Infocard dieser Tatsache Rechnung tragen und Jugendliche mit jungen Erwachsenen einfach und unkompliziert Unterstützung für die Umsetzung von Ideen bieten. Konkret handelt es sich um Zugang zu Wissen, Bildung, Netzwerken und Personen. Der Gemeinderat hat in seiner Kurz-Info treffend beschrieben, dass es noch im Aufbau ist. Es geht einerseits um eine Anlaufstelle für Unterstützung, andererseits um Angebote, die ermässigt genutzt werden können. Für die Angebotsvielfalt einer Gemeinde haben das örtliche Gewerbe, Vereine und Privatpersonen die Möglichkeit, bereits bestehende Angebote (z.B. Ferienjobs) einer jungen Zielgruppe näher zu bringen. Zugleich ist es ein Werbekanal

zwischen Gewerbe, Vereinen und der Jugend. Für die Gemeinde ist die Abgabe der Infocard eine kostengünstige Art Jugendförderung zu betreiben und sie kann ohne grossen Aufwand mit ihren Jugendlichen in Kontakt treten. Aus den genannten Gründen empfiehlt die SP die Überweisung des Postulats.

Grüne/EVP, Beatrice Büschlen. Die Infocard ist eines der Projekte der Kinder- und Jugendförderung Schweiz. In einer der letzten ER-Sitzungen wurde die Motion für die Anpassung des kinder- und jugendpolitischen Konzepts mit grossem Mehr befürwortet. In diesem Zusammenhang passt es sehr gut, die Infocard miteinzubeziehen. Die Website der Infocard ist überzeugend; auch die angeschlossene Website der Kinder- und Jugendförderung Schweiz leistet mit ihren vielen Ideen, Angeboten und Hinweisen für Jugendliche perfekte Präventionsarbeit. Die Grüne/EVP-Fraktion stimmt der Überweisung zu.

Peter Heiz: Die FDP war dem Anliegen von Patricia Kaiser gegenüber gespaltenen Meinung. Die einen brachten ihm viel Wohlwollen entgegen, die anderen waren etwas kritischer. Kritisch vor allem, weil man der Meinung ist, dass sich heutzutage mit den modernen Kommunikationsmitteln die genannten Angebote unter den Jugendlichen in Windeseile verbreiten. Kritisch auch, weil man denkt, dass es sich um ein Anliegen handelt, das nicht so wichtig ist, dass sich der Gemeinderat in erster Linie darum kümmern müsste. Man war also etwas gespalten und vermutet, dass die Jungen der Fraktion und die Frauen dem Anliegen wohl zustimmen werden, die anderen wohl eher nicht.

Silvia Bräutigam: Die CVP-Fraktion wird das Postulat überweisen.

Pascal Treuthardt, FDP: Leider konnte er nicht alle Frauen in seiner Fraktion überzeugen..... Er empfindet das Angebot der Infocard im Vergleich zu colour-key sehr lausig und wirklich noch im Aufbau befindlich. Trotzdem wird er es persönlich unterstützen.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Postulat Patricia Kaiser, SP: Überweisung des Postulats

Ja: 24

Nein: 2

Enthaltungen: 8

://: Der Antrag wird angenommen.

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Nr. 197

Postulat M. Ziegler, FDP: Wider die Verbotsgesellschaft: Gleichstellung von Kinder- und Gewerbelärm

EINTRETEN

Markus Ziegler, FDP: Das Postulat ist ihm ein wichtiges Anliegen, auch wenn die Sache nicht oberste Priorität hat. Wir leben in einer Zeit, in der alles verboten und reglementiert wird (nicht nur im Jugendbereich). Es gibt einen Schilderwald (Fussballverbot, Feuerverbot etc.) und viele Leute haben den Ein-

druck, dass verboten wird, was verboten werden kann und man bemerkt, dass sich eine mangelnde Toleranz breit macht. Markus Ziegler ist erfreut, dass der Gemeinderat sein kleines Anliegen unterstützt. Er ist darauf aufmerksam gemacht worden, dass es einige Ungereimtheiten gibt was die Lärmverordnung betrifft. Diese ist im Polizeigesetz geregelt, unter anderem auch in den Hausordnungen der Schulen. Es ist stossend, dass die Handwerker ab 13 Uhr lärmern dürfen – die Anwohner müssen es sich gefallen lassen – die Schüler sich hingegen bis 13.30 Uhr still verhalten müssen. Es ist eine kleine Sache, doch empfindet sie der Postulant als sehr störend. Er will die Mittagsruhe der Leute nicht über Gebühr einschränken, sondern plädiert dafür, dass man die lärmenden Handwerker den lärmenden Kindern gleich stellt. Zwischen 12 Uhr und 13 Uhr wäre trotzdem Ruhe um die Schulhäuser.

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP freut sich über die Lobby-Arbeit der FDP für die Kinder. Es ist wichtig, dass sich Kinder draussen bewegen können. Wie Markus Ziegler richtig bemerkt hat, dürfen sich Schülerinnen und Schüler erst auf dem Pausenhof aufhalten. Um 13.45 Uhr beginnt aber bereits der Unterricht, da bleibt kaum Zeit für Bewegung. Die Grüne/EVP freut sich, dass sie das Postulat unterstützen kann.

SP, Anne Platten: Ihre Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats. Sie findet es wichtig, dass sich Kinder draussen frei bewegen können, bevor sie am Nachmittag wieder im Schulzimmer ruhig sitzen müssen. Die wichtige, gesundheits- und entwicklungsfördernde Bewegung soll nicht durch Verbote behindert werden. Kraft der neuen Mittagsregelung könnten auch die Kinder des Mittagstischs legal auf dem Pausenplatz spielen und müssten nicht mehr drinnen zurück gehalten werden. Aus diesen Gründen findet es die SP richtig, das Postulat an den Gemeinderat zu überweisen.

Patrizia Scaioli: Auch die CVP hat volles Verständnis für den Vorstoss. Sie ist auch der Meinung, dass Pausenplätze so früh wie möglich genutzt werden sollen, weil doch viele Kinder über Mittag auf dem Schulareal oder in dessen Nähe anwesend sind. Man dankt der FDP für diesen Vorstoss.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Postulat Markus Ziegler: Überweisung des Postulats
Einstimmigkeit.

://: Der Antrag wird angenommen.

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 10

Nr. 204

Interpellation P. Kaiser, SP: Easy-Abstimmigsbüechli

Frage 1: Wird die Gemeinde Binningen dem DSJ auf seine Anfrage, ob die Gemeinde in Zukunft das „Easy-Abstimmigsbüechli“ beziehen und es den jungen Erwachsenen der Gemeinde zur Verfügung stellen wird, noch antworten?

Gemeindepräsident Charles Simon: Grundsätzlich beantwortet die Gemeinde alle an sie gerichteten Anfragen. Das erwähnte Schreiben ist seines Wissens nicht auf der Verwaltung eingegangen. Vielleicht hätte der Dachverband, anstatt ein Jahr zu warten, einfach nochmals nachfragen können.

Frage 2: Wenn nein, wieso?
Ist beantwortet.

Frage 3: Kann sich die Gemeinde die Mitarbeit bei diesem Projekt vorstellen?

Charles Simon: Der Gemeinderat unterstützt Massnahmen, die junge Erwachsene zu politischer Tätigkeit motivieren und ihre Interessen am politischen Geschehen fördern. Ob der Versand, bzw. die Abgabe dieses Büchleins, eine sinnvolle Massnahme darstellt, ist sicher prüfenswert. Die Kosten für einen Direktversand betragen ca. CHF 5 500 (ca. 1100 Personen im Alter von 18 bis 25). Diese Ausgabe ist im Budget 2012 nicht vorgesehen. Die Frage, ob das Büchlein per Post oder auf der Gemeindeverwaltung abgegeben wird, ist auch noch abzuklären, da sie kostenrelevant ist. Der Gemeinderat will die Angelegenheit prüfen und dann wieder informieren.

BESCHLUSS

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktanden 11–13

BESCHLUSS

://: Die restlichen Geschäfte werden für die nächste Sitzung vom 14. Mai 2012 traktandiert.

Der Präsident, Christian Schaub möchte verhindern, dass es wieder eine lange Sitzung wird und geht um 21.50 Uhr zu den Anfragen über.

Vreni Dubi, SP, bittet darum, das Postulat der GRPK noch rasch zu behandeln, da es bestimmt nicht viel zu tun gibt und weist den Präsidenten darauf hin, dass er bis um 22 Uhr der Traktandenliste folgen sollte.

Präsident Christian Schaub lehnt die Bitte ab mit dem Hinweis, dass die letzte Sitzung bis 22.30 Uhr dauerte und heute ein Traktandum vorgängig behandelt wurde.

Diversa

Anfrage V. Dubi, SP: Stellungnahme BaZ-Artikel

Nr. 233

Gemeindepräsident Charles Simon:

Einmal mehr versucht Urs-Peter Moos über die Medien Personalpolitik zu betreiben. Dies obwohl er als Noch-Einwohnerrat, aber auch als frisch gewählter Gemeinderat keinerlei Kompetenzen in personellen Angelegenheiten hat. Solch deplazierte Forderungen seitens Urs-Peter Moos sind dem Gemeinderat

leider seit längerem bekannt. Der Gemeinderat verurteilt seinen Stil und sein Vorgehen aufs Schärfste! Einmal mehr wiederholt Charles Simon: Der Gemeinderat stellt sich voll und ganz hinter das Personal der Verwaltung.

Im speziellen Fall der Schlosssanierung wurden die personellen Konsequenzen gezogen, was mehrmals öffentlich gesagt wurde. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Personelle Angelegenheiten sind Vertrauenssache, sie gehören nicht an die Öffentlichkeit. Es liegen auch keine neuen Erkenntnisse oder Fakten vor.

Am 10. Februar 2012 hat der Gemeinderat eine Medienmitteilung zum Thema gemacht mit dem Titel „Gemeinderat verurteilt persönliche Angriffe gegen Verwaltungsangestellte“. Man stelle sich vor, wie derartige, öffentliche Angriffe auf unsere über 200 Mitarbeitende wirken. Der GR bekommt immer wieder die Rückmeldung, es sei unerträglich, wie auf einzelnen Mitarbeitenden herum gehackt wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind verunsichert und verärgert. Sie fragen sich, wie unter diesen Voraussetzungen eine gute Zusammenarbeit mit einem neuen Gemeinderat möglich sein soll.

Der Gemeinderat fordert Urs-Peter Moos dringend auf, in Zukunft derartige Äusserungen zu unterlassen. Der Ruf der Betroffenen wird geschädigt und das Vertrauen der Mitarbeitenden in die Politik schwindet. Der Gemeinderat wird die rechtlichen Aspekte dieser öffentlichen Aussagen prüfen lassen und behält sich weitere Schritte vor.

Urs-Peter Moos, SVP, möchte eine persönliche Erklärung abgeben:

Er ist seit bald sechs Jahren in diesem Einwohnerrat und hat bald sechs Jahre lang die Spielchen des Gemeinderats mitgemacht. Unter Charles Simon's Präsidium hatte der Gemeinderat sechs Jahre lang Zeit, den Laden in Ordnung zu bringen. Die Staatsanwaltschaft wird sich damit beschäftigen, dass man die Sache Schlossabrechnung offenbar wieder unter den Teppich kehren will. Dann können die gegen ihn erhobenen Vorwürfe gerne angeschaut werden.

Patricia Kaiser, SP: Sie hat in der Geschäftsordnung des Einwohnerrats keine Regelung zur Verschiebung eines Traktandums gefunden und fragt, was die rechtliche Grundlage dafür ist.

Präsident Christian Schaub: Es gibt keine rechtliche Grundlage.

Die Sitzung wird geschlossen.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am Montag, 14. Mai 2012, 19.30 Uhr statt.